

Bezirksamtsvorlage Nr. 1624/2021
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 10.08.2021

1. Gegenstand der Vorlage:

Kein Kind zurücklassen – schnelle und flexible Lösungen müssen her

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Spallek

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die beigefügte Vorlage – zur Kenntnisnahme – betrifft „Kein Kind zurücklassen – schnelle und flexible Lösungen müssen her“, Drs. Nr. 2935/V“, als Schlussbericht.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Schule, Sport und Facility Management beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

b) Frauenvertretung: nein

c) Schwerbehindertenvertretung: nein

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

nein

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

nein

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

nein

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

nein

9. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksstadtrat Spallek

Bezirksamt Mitte von Berlin
Schule, Sport und Facility Management
Schul- und Sportamt

Datum: 10.08.2021
Tel.: 33900

Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin

Drucksache Nr.: 2935/V

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

über **Kein Kind zurücklassen – schnelle und flexible Lösungen müssen her**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.02.2021 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2935/V):

„Das Bezirksamt wird ersucht, unverzüglich pragmatische und kreative Wege zu suchen, um das kostenlose Schulessen für Grundschüler*innen weiterhin an die Kinder in Mitte auszugeben. Hierzu sollte sich das Bezirksamt an funktionierenden Beispielen aus anderen Bezirken orientieren und schnellstmöglich Gespräche mit den Catering-Firmen aufzunehmen.“

Das Bezirksamt wird ersucht, dezentrale Krisenstäbe bestehend aus Schulvertreter*innen, außerschulischer Jugendarbeit, der Fanny-Hensel-Musikschule, Vertreter*innen der Familienhilfe sowie Migrant*innenselbstorganisationen einzurichten. Ziel ist es, dass sozial-räumlich zusammenhängende Bildungseinrichtungen und Akteur*innen gemeinsam den Blick auf die einzelnen Kinder richten und sicherstellen, dass besonders Kinder, bei denen Bedarf an Präsenzbetreuung besteht, auch in den Genuss solcher kommt. Die Notbetreuung ist entsprechend der dringend notwendigen Bedarfe anzupassen.“

Das Bezirksamt hat am Datum beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Gemeinsam mit den Beteiligten vor Ort in den Schulen und den Caterern wurden Verfahren zur Sicherstellung der kostenlosen Mittagsverpflegung für alle Schülerinnen und Schüler entwickelt. Im Ergebnis haben neben den Schülerinnen und Schülern in der Notbetreuung auch die Kinder ein Mittagessen angeboten bekommen, die nicht an der Notbetreuung bzw. dem Unterricht vor Ort teilgenommen haben.

Die konkrete Umsetzung vor Ort war dabei unterschiedlich. Überwiegend wurden Lunchpakete für die Kinder ausgegeben, die nicht in der Notbetreuung oder im Präsenzunterricht waren.

Hinsichtlich der Notbetreuung besteht eine enge Zusammenarbeit der Schulen und des Jugendamtes sowie anderer Akteure, um die Präsenzbetreuung sofern möglich auch sicherzustellen.

A) Rechtsgrundlage

§ 12 i.V.m. §36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

Berlin, den . . .2021

Bezirksbürgermeister von Dassel

Bezirksstadtrat Spallek